

Der Präsident des Bundesrates

Bonn, den 9. Februar 1968

An den
Herrn Bundeskanzler

An den Herrn Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Ich beehre mich mitzuteilen, daß das

Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG)
— Drucksachen V/352, V/1469, V/2215, V/2337, V/2554 —

nach Ansicht des Bundesrates seiner Zustimmung bedarf.

Der Bundesrat hat in seiner 319. Sitzung am 9. Februar 1968 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestage am 8. Februar 1968 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes nicht zuzustimmen.

Ferner hat der Bundesrat

mit zwei Drittel seiner Stimmen

beschlossen, vorsorglich Einspruch gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes einzulegen, falls sich ergeben sollte, daß das Gesetz entgegen der Ansicht des Bundesrates nicht seiner Zustimmung bedarf.

Klaus Schütz